

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschaftler

Bezugspreis: (bei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,80 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle und Redaktion: Osterbahnpoststraße 7 / Fernsprecher: 17239 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18699
Streichhölzer: Montags von 18 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neuzeitlich geformte Non-creditzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnpoststraße 7 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Anzeigenpreise steht der Redaktion die Entscheidung über die Abrechnung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 2. Oktober 1929

Nummer 230

Einheitsfront der Sozialreaktion

Gummimüllpelschub für die Erwerbslosenbetrüger

Volksparteidiktat / Kapitulation der SPD

(Bericht unseres Berliner Korrespondenten)

Der Wiederzukommenstritt des Reichstages vollzieht sich unter dem Diktat der Sozialreaktion und der damit verbundenen Sozialreaktion. Zwei Tage schon steht als einziger Punkt auf der Tagesordnung die eigentlich abgelehnte, also nicht mehr vorhandene, Wilsell-Vorlage zum Unterhaltungsersatz an den Erwerbslosen. Und wie bewußt sich die Herren ihrer Tat sind, beweist die Schlußseite, die das Haus umgibt, an dem die Worte prangen: „Dem deutschen Volke!“ Dreifach geschützt durch Gummimüllpelt und Parabelschirm tragen die Unterhaltungsersatzgeber. Im Reichstag selbst lauern an jeder Ecke Späher. Obgleich die kommunistische Fraktion keine einzige Tribünenkarte erhalten hat, fürchtet man sich vor dem Nachschrei des Volkes, der, wie sie selbst wissen, nicht das Resultat der „Moskauer Hege“, sondern der Ausdrucks des steigenden Not ist. Dieser Reichstagsbeginn ist ein würdiger Auftakt zu die Arbeit der Koalitionsregierung. Genau wie die Forderungen, deren Wirkungen im Arbeiterhaushalt durch die länderweise Preissteigerung mehr und mehr demeritbar werden, in aller Eile durchgepeitscht wurden, so geht es diesmal im Eiltempo mit dem Abbau der Unterhaltungsersatz und dem Hinauswurf hunderttausender Erwerbsloser aus der Versicherung. Als die Kommunisten durch den Abgeordneten Stoeker die Ablehnung der Wilsellschen Vorlage von der Tagesordnung forderten, erhob sich ein wildes Geyzer von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen. Ebenfalls einheitlich wandte sich die ganze Gesellschaft gegen die Beratung der kommunistischen Anträge, die Regelung der Arbeitszeit, die Teuerung und den Youngplan. Dabei zeigte sich auch die deutschnationale „Opposition“ im heiligen Stortenschein. Unter schallender Beifall erklärte nämlich Graf Westarp, jählich verlegen, daß seiner Partei im übrigen nichts an einer Wilsell-Vorlage gelegen sei. Herr Wilsell in höchst eigener Person, hat es übernommen, den Abnahmemaßnahmen das Wort zu reden, und Herr Grafmann zeigte sich in seiner ganzen Erbärmlichkeit, indem er in seiner dreizehntelständigen Rede nicht ein einziges Wort über die Wilsellsche Vorlage selbst sagte. Erst am Schluß kam das beschlossene Geänderte: Die sozialdemokratische Fraktion ist mit der Hauptvorlage des Wilsellschen Entwurfs einverstanden. Damit erklärte sich der Führer des Wilsell für den Unterhaltungsersatz in den Saisonarbeiten, für die Verlängerung der Speerzeiten, für die Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterhaltungsersatz. In einer scharfen Kompromiß rechnete

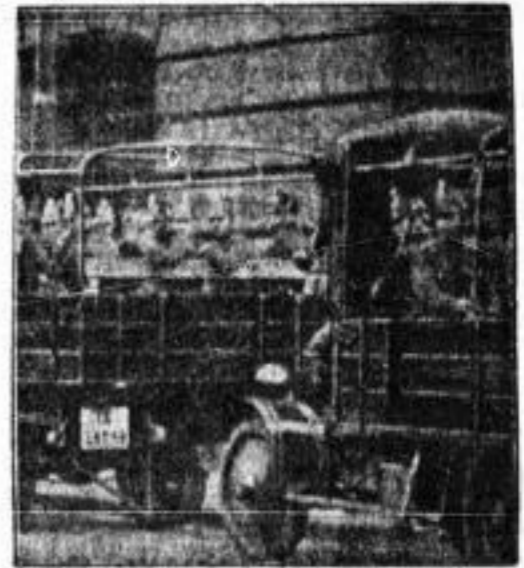
die Kommunisten würden die Auswirkungen der neuen Gesetze nur übertrieben. Wiederum ist es Gen. Kädel, der den Unterhaltungsersatz den Spiegel vorhält. Als er Lisse auf den Kopf zu legt, ob es ihm, daß kein Parteigenosse Wilsell fordere, daß derjenige, bei dem keine Zwölfte Anwartschaft vorliegt, Unterhaltungsersatz nur noch unter den Sägen der Reifeernte erhalten soll, verschwindet Herr Lisse unter stürmischen kommunistischen Zurufen aus dem Saal. Gen. Schmidt erwidert sich gegen die Schmälerung der Krankenkassenleistungen durch die Wilsell-Vorlage, während Gen. Schmidt die Lage der Saisonarbeiter nach dem Gesetzentwurf behandelt.

Volksparteidiktat!

In den Nachmittagsstunden

wurde bekannt, daß die Sozialdemokratie unter dem Druck der Deutschen Volkspartei auf ihr Verabreden in den Vorlagen über die Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent verzichtet hat. Die SPD, Demokraten und Zentrum haben sich geeinigt auf ein Gesetz, das die Hauptvorlage und die vom Sozialpolitischen

„Dem Deutschen Volke“



38rgiebels Gummimüllpelt vor dem Reichstag

Kommunisten ins Stadtparlament!

Die Liste der Kommunistischen Partei in Dresden

Die am Freitag, dem 27. September, in den Kammern tagende Groß-Dresdener Stadtdelegiertenkonferenz beteiligte sich nach dem Referat des Genossen Kädel ausgiebig an der Diskussion über die Arbeit zu den Kommunalwahlen. Die Aussprache war ein einziges Bekenntnis zur Linie der Partei und ein Gesühnis zur unentwegten Arbeit in der Wahlkampagne. Die von der Bezirksleitung vorgeschlagene Liste zum Gemeindeparlament wurde restlos angenommen. Die Liste der Kommunistischen Partei ist nach den Gesichtspunkten: Klasse gegen Klasse zusammengestellt und setzt sich aus Vertretern der Arbeiterklasse aller Berufe zusammen. Wir drucken sie im nachfolgenden ab:

- | | |
|----------------------|-------------------|
| 1. Gruner, Paul | Gemeindeführer |
| 2. Kädel, Otto | Stationskassierer |
| 3. Körner, Olga | Hausfrau |
| 4. Neuhof, Hans | Graveur |
| 5. Schneider, Martin | Klempner |
| 6. Schrapel, Alfred | Oberlehrer |
| 7. Gansauge, Frieda | Heimarbeiterin |
| 8. Rade, Ernst | Schmied |
| 9. Schwarze, Paul | Tischler |

- | | |
|-----------------------|-------------------------|
| 10. Berner, Alfred | Metallarbeiter |
| 11. Helm, Rolf | Schlosser |
| 12. Martin, Kurt | Schlosser, Jungarbeiter |
| 13. Barth | Eisenbahner |
| 14. Schuster, Erich | Metallarbeiter |
| 15. Schlerad, Alf. | Angestellter |
| 16. Siegemund | Metallarbeiter |
| 17. Kunath, Arthur | Metallarbeiter |
| 18. Enderlein, Albert | Metallarbeiter |
| 19. Neubauer, Siegel | Arbeiterin |
| 20. Leitzner, Max | Schlosser |
| 21. Wiesner, Martha | Hausfrau |
| 22. Berger | Strassenbahner |
| 23. Kersch, Oswald | Metallarbeiter |
| 24. Quasdorf | Metallarbeiter |
| 25. Kiehl, Ernst | Zigarettenarbeiterin |
| 26. Breckner, Otto | |

Jetzt gilt es, alle Kraft daran gesetzt und für die Liste der Kommunistischen Partei zu werden.
Heran an die Arbeit!
Wählt Arbeiter in das Gemeindeparlament!

Genosse Kädel

mit den Unterhaltungsersatzern ab. Bezeichnend war, daß im Augenblick die Einheitsfront sämtlicher Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen hergestellt war durch allgemeine Flucht in die Restaurationsräume. Zur selben Zeit, da die massenhafte Demonstration im Lustgarten die Meinung des Volkes über den parlamentarischen Unterhaltungsersatz kundgab, rechnete Gen. Kädel auch von der Parlamentariertribüne mit den Scharfmachern und ihren Handlangern ab. (Wir werden die Rede des Gen. Kädel morgen im Wortlaut veröffentlichen.)

Die Dienstag-Sitzung beschäftigte sich bei allgemeiner Abwesenheit der Abgeordneten der Koalition ebenfalls nur mit dem Unterhaltungsersatz an den Erwerbslosen. Als Genosse Stoeker die Herabsetzung des sich von der Verhandlung drückenden Reichsarbeitsministers verlangte, zeigte es sich, daß außer den Kommunisten lediglich noch 17 Abgeordnete anwesend waren. Als Vertreter der kommunistischen Fraktion zeigte Genosse Schumann die wilsellschen Mißstände in der Erwerbslosenfürsorge auf, die Mißstände, die durch die neue Vorlage im Inneren der Arbeiterklasse gesteigert werden sollen. Genossin Aren die behandelte die besonders Notlage der Frauen und gezielte den schändlichen Verrat der Sozialdemokraten an den von ihnen vertretenen Wählerinnen. Daß der deutschnationale Redner die in der Vorlage enthaltenen Verschlechterungen begründet, ist eine Selbstverständlichkeit.

Eine Demagogie

Nach dem erbärmlichen Gesammelt Gagmanns in der Montag-Sitzung hat man diesmal Herrn Lisse von der Sozialdemokratie vorgeführt. Dessen Rede zeigte, wie ungeheuer stark der Druck auch auf den SPD-Parlamentariern lastet, die durch die kommunistische Mobilisierung der Arbeitermassen gegen die Schandvorlage zu neuen Wandern gezwungen wurden. Er erklärte, daß „zahlreiche Einzelheiten des Entwurfs ihm nicht gefallen würden und er die Herabsetzung der vorgeschlagenen sechsmonatigen Speerzeit auf 3 Monate verlange.“ (Stürmischer Haß, hört! h. h. Komm.) Zum Schluß bringt er es fertig, zu erklären,

Zusatz angenommenen Paragraphen der Sondervorlage enthalten soll. Die Annahme dieses Gesetzes soll einen Raub an den Erwerbslosen von angeblich „nur“ 100 Millionen Mark bedeuten. Die Beitragserhöhung soll im Herbst behandelt werden zusammen mit der „Finanzreform“. Die Wilsellsche Zeitung läßt die Rage aus dem Saal:

Für das Finanzjahr 1930/31 betragen die Reparationserleichterungen etwa 700 Millionen Mark, ein Betrag, der sich entsprechend vermindert, wenn man die im Youngplan vorgelebene Aufhebung der Industriesteuer und die Senkung der Beförderungsteuer vornehmen sollte. Der dann noch weiter verminderte Betrag reicht in der großzügigen Steuererleichterung, von der allein eine Förderung des wichtigsten wirtschaftlichen Zieles, der Kapitalbildung, erwartet werden kann, nicht aus. Zu der Herabsetzung der für die Kapitalbildung wichtigsten Steuern, der Einkommen- und der Realsteuern müßte also noch ein Umbau des deutschen Steuersystems in dem Sinne treten, daß die bisher nur ungenügend ausgenutzten indirekten Steuerquellen mehr ausgeschöpft werden. Nur so ist eine einigermaßen ausreichende Herabsetzung der direkten Belastung zu erzielen. Auf diesen wichtigen politischen Erwägungen, über die im Prinzip heute wohl bei weitem Uebereinstimmung herrscht, bauen sich die Pläne des Reichsfinanzministeriums auf.

Das ist deutlich Senkung der Beförderung und Erhöhung der Realsteuern. Die Gemeindeführer lassen für den mit der Senkung der Beförderung verbundenen Einwahnerverlust durch neue

Realsteuern entschädigt werden, einerseits durch gemeindeführerliche Getränkeauslagen, andererseits durch einen „Belastungsstellenbeitrag“, also eine Kopfsteuer sämtlicher Gemeindeglieder.

Die Deutsche Volkspartei ist aber auch mit diesen von der Sozialdemokratie verpropagierten Räuberplänen noch nicht zufrieden. Die Deutsche Volkspartei, ermuntert durch die Politik der Sozialdemokratie, geht aufs Ganze. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärte, daß sie gegen das gesamte Gesetz stimmen würde.

Kurz vor den Abstimmungen der Wilsellschen Unterhaltungsabgabe erklärte die Volkspartei mit einem Antrag an, der nach den früheren Vorschlägen des Zentrumsgenossen Kiehlner einen unerhörten Unterhaltungsabbau fordert. Gleichzeitig erklärte der Redner der Volkspartei, daß sie den Regierungsentwürfen in erster Lesung nur zustimmen, wenn der allgemeine, direkte Unterhaltungsabbau durchgeführt wird.

Die SPD pariert

Den Sozialdemokraten war also die Pistole auf die Brust gesetzt. Und was taten sie? Sie einigten sich mit den Demokraten und dem Zentrum auf folgendes Grundgesetz:

1. Verzicht auf jegliche Beitragserhöhung;
 2. auf die Übernahme der Verschlechterungen für die Saisonarbeiter und dem befristeten Gesetz in ein Hauptgesetz;
 3. auf die Verlängerung der Anwartschaftszeit auf 52 Wochen.
- Damit haben die Sozialdemokraten alles preisgegeben, was sie bisher zu verteidigen